

## PROCESSING CITIZEN INPUT

---

A Case Study on Citizen-Involvement in Political Decision-Making Processes in  
Aschaffenburg and Schloss Holte-Stukenbrock, Germany

### – DEUTSCHE ZUSAMMENFASSUNG –

Spätestens mit der Unterzeichnung der AGENDA 21 in 1992 hat das Schlagwort „Bürgerbeteiligung“ an neuer Dynamik gewonnen. Wenn auch von Seiten der Theorie und Politikwissenschaftler argumentiert wird, dass politische Entscheidungen mit starkem direkten Einfluss auf die Bürger („*meta-policy*“) die Idee der „Bürgerbeteiligung“ rechtfertigt, so sind die Instrumente zumeist wenig thematisiert – wenn überhaupt.

Die vorliegende Arbeit bedient sich der Beispiele der Städte Aschaffenburg (Bayern) und Schloss Holte-Stukenbrock (Nordrhein Westfalen). In beiden Städten sind die Herausforderungen des demographischen Wandels im Rahmen einer „Bürgerbeteiligung“ thematisiert worden – allerdings ohne auf Instrumente wie ein Referendum oder eine öffentliche Bürgerdiskussionen zurückzugreifen. Der innovative Ansatz bedient sich stattdessen einer Methodik des Change-Managements: Ein Auswahl an Bürgern erarbeitet, unter professioneller Anleitung, Prioritäten und Umsetzungsvorschläge für die Politik.

Ziel der Arbeit war, festzustellen, welche Akteure als (an-) treibende Kraft zu verstehen sind und inwiefern das gesamte Prozedere komplementär zu den bestehenden politischen Strukturen ist. Als Grundlage diente das Schemata des politischen Kreislaufs („*political cycle*“), das heißt die Vorstellung, dass sich politische Entscheidungsprozesse in Phasen wie „*agenda setting*“, „*policy formulation*“ oder auch „*decision-making*“ unterteilen lassen.

In der Studie wurde festgestellt, dass die Einbindung von „Promotoren“, das heißt von Schlüsselfiguren des öffentlichen, wirtschaftlichen und vor allem gesellschaftlichen Lebens, mit der Gültigkeit eines allgemein bekannten politischen Kreislaufs nicht im Konflikt steht. Auch wenn die Bürgerauswahl konkrete Vorschläge ausarbeitet hat und diese zu großen Teilen den späteren politischen Grundsatzentscheidungen entsprechen, so trugen dennoch die gewählten Politiker – in diesen Fällen die jeweiligen Bürgermeister und Stadträte – die Verantwortung. Im Umkehrschluss konnte das Input der Bürger somit als politische Beratung gewertet werden und bedurfte keiner gesonderten Legitimation. Desweiteren hat die Studie

bewiesen, dass die Ideen des Change-Managements zu Teilen auch auf die politische Ebene übertragen werden können. So wurde in den gegebenen Beispielen das Tool „Appreciative Inquiry“ genutzt. Die Rolle der Moderation bzw. Organisation ist im Übrigen auch nicht unbedeutend: Erfahrungen und politisches Know-How der professionellen Trainer sorgten für die Tragfähigkeit und Weitsichtigkeit der erarbeiteten Vorschläge.

Einzig die Frage zur Identifikation der treibenden Kraft konnte in der Studie nicht eindeutig geklärt werden. Es ist durchaus denkbar, dass Bürger mittels Eigeninitiative die offiziellen politischen Akteure zum Handeln bewegen. Ebenso denkbar (und in der Studie belegt) ist, dass Politiker selbst zur treibenden Kraft werden. Auch wenn das „*agenda setting*“ formell keiner Partei/ keinem Akteur eindeutig zuzuordnen ist, so ist die Bedeutung und Dominanz der von den Bürgern erarbeiteten Inhalte in beiden Beispielen der Studie unumstritten.